

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Gäste unserer Sitzung,

### Einleitende Bemerkungen

Im Frühsommer dieses Jahres habe ich die CDU-Fraktion aus Herzogenrath bei Aachen hier in Limburg begrüßen dürfen. Die sehr angenehmen Gespräche mit meinen Parteifreunden am Lahnufer habe ich mit der Frage eingeleitet, was ihnen an Limburg besonders aufgefallen sei, was im Gedächtnis wohl haften bleibe – und was wir als hier verantwortliche Kommunalpolitiker nach deren Auffassung verändern sollten. Was glauben Sie, waren nun die Antworten dieser Besucher? – „Limburg ist wunderschön, Ihre Altstadt ist einmalig toll, und wir haben noch nie so viele Friseurläden dicht an dicht gesehen.“ Auch die Aufforderung für künftiges Handeln war eindeutig: „Ändern Sie bloß nichts.“ Ob und wo die CDU-Fraktion dann doch etwas ändern will, an welchen Stellen wir neue Impulse setzen, mögen Sie bitte den weiteren Erläuterungen entnehmen.

Setzt man sich mit der Haushaltsrede des Bürgermeisters auseinander, sind Anlehnungen an die Formulierungen des gewesenen Bürgermeisters Martin Richard absolut augenfällig. Abgesehen von der warnenden Formulierung, dass man auch weiterhin von der Substanz lebe, ist der Tenor jedenfalls frappierend ähnlich: Trotz aller Konsolidierungsmaßnahmen und der grundsätzlich sparsamen Haushaltsführung ist der städtische Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Nein, ganz im Gegenteil: Er weist im eingebrachten Entwurf ein Defizit von annähernd 2 Millionen Euro auf. Lediglich die Tatsache, dass wir mit einem Gewinnvortrag agieren können, führt dazu, dass das für 2017 auflaufende Defizit abgedeckt werden kann.

Grundsätzlich ist dies eine gute Nachricht, um die uns viele Kommunen in Hessen beneiden dürften – klar ist aber auch, dass uns dies keinesfalls dazu verleiten darf, diese erfolgreiche Praxis für ewigkeitsfest zu halten. Die Stimmung ist besser als die Lage. So ist nicht auszuschließen, dass bei nachlassender Konjunktur diese Konstruktion nicht mehr tragen wird. Von dem haushaltspolitischen Trümmerfeld, das mit einer Aufhebung der Straßenbeitragssatzung entstünde, braucht man gar nicht erst zu sprechen. Die vom Bürgermeister am 8. Dezember vorgelegten Antworten auf den Fragebogen der CDU sind da absolut eindeutig.

Auf der anderen Seite stehen im Topf des Finanzhaushalts notwendige Mittel zur Verfügung, um erforderliche Investitionen tätigen zu können: Nach den gemeinsamen Aushandlungen zwischen den Fraktionen, die zuletzt sehr lösungsorientiert und auch zwischenmenschlich angenehm entkrampft erfolgt sind, steht dort mit 9,1 Millionen eine im Vergleich zum Entwurf um mehr als eine Millionen Euro erhöhte Gesamtsumme zur Verfügung.

Durch das Abstimmungsverhalten im Haupt- und Finanzausschuss haben am Donnerstag bereits sämtliche Fraktionen zum Ausdruck gebracht, das nun vorliegende Gesamtzahlenwerk für 2017 zu unterstützen. Insofern brauche ich dies für meine Fraktion hier nicht zu verkünden, sondern lediglich zu bestätigen. Ich nehme dies aber zum Anlass, besonders dem Ausschussvorsitzenden Peter Licht für die Leitung der Sitzungen zu danken – sowie den Herren Rating und Hof für ihre fachkundige und stets unaufgeregte Unterstützung.

### Über die Haushaltsvorschläge der CDU

In der gebotenen Kürze gehe ich hier noch einmal auf die Vorschläge und Impulse der CDU-Fraktion ein, von denen wir erfreut sagen können, dass sie sich vollumfänglich im Haushalt für 2017 wiederfinden.

## Änderungsanträge

2

Zunächst wird der Verein für Städtepartnerschaften die bis dato übliche und angemessene jährliche Fördersumme auch künftig bekommen. Mit Unverständnis hatten wir anlässlich der ersten Lesung festgestellt, dass der Bürgermeister als Finanzdezernent – und zwar ohne ersichtlichen Grund – die bisherige finanzielle Unterstützung gestrichen hatte. Entsprechende Nachfragen wurden ausweichend aufgenommen mit dem nebulösen Hinweis auf den Kontostand des Vereins. Dass der Kontostand, auf welche Höhe er sich auch beläuft, Ergebnis eines sehr fleißigen und erfolgreichen ehrenamtlichen Engagements ist, steht für die CDU eindeutig fest – dies faktisch zu bestrafen, wäre eine schwere Ungerechtigkeit gewesen. Das dürfte der Bürgermeister mittlerweile vermutlich auch selbst erkannt haben.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird sich die Stadt Limburg dem Programm Kommunale Kriminalitätsprävention anschließen. Ziel ist es, in einem ersten Schritt durch eine extern zu vergebende Bürgerbefragung eine belastbare Datenbasis zu erhalten. Diese soll Grundlage sein, um in einem mehrteilig angelegten Prozess über tatsächliche und vermeintliche Angsträume Auskunft zu erhalten, die beseitigt werden müssen. Den Sperrvermerk, der von SPD und FDP mit dem Hinweis auf behauptete ähnliche Initiativen auf Kreisebene ins Spiel gebracht wurde, haben wir konsequent abgelehnt. Uns interessieren nicht Daten aus Brechen, Mengerskirchen, Villmar oder Merenberg – nein, wir wollen eine Maßanfertigung für Limburg samt aller Stadtteile.

Bereits seit Jahren existiert eine fachlich fundierte und auch politisch beschlossene Aufstellung, welche Sanierungsmaßnahmen nötig sind, um die Feuerwache in Limburg auf den benötigten Stand zu bringen. Bislang ist von diesem Konzept, das Investitionen von mehr als einer Millionen Euro umfasst, viel zu wenig tatsächlich abgearbeitet worden – wir als die „Auftraggeber“ hängen unseren eigenen Zusagen an die Kameraden bei der Feuerwehr viel zu weit hinterher. Deswegen hat die CDU-Fraktion entschieden, hier den Bock umzustoßen und endlich mit einer substanziellen Umsetzung zu beginnen. Mit den von uns veranschlagten zusätzlichen Mitteln von 185.000 Euro werden nun erhebliche Modernisierungen ermöglicht, die auch in den Folgejahren ihre Fortsetzung finden sollten.

Während die Stadt Limburg unter der fachlichen Verantwortung von Michael Stanke vorbildlich den gesetzlichen Forderungen nach dem Vorhalten von Kindergartenplätzen nachkommt, muss konstatiert werden, dass die Betreuungssituation in dem Moment schwieriger wird, wenn unsere Kinder vom Kindergarten in die Grundschule wechseln. Die Betreuung von Grundschulkindern, die von ehrenamtlichen Helfern auf die Beine gestellt wird, ist zeitlich längst nicht so umfassend wie diejenige der Kindergartenkinder. Im Interesse dieser Kinder möchten wir als CDU-Fraktion die durch den Landkreis Limburg-Weilburg angehobene Kostenerstattung ganz gezielt einsetzen, um das Betreuungsangebot partnerschaftlich auszubauen.

Darüber hinaus haben wir für die Sanierung des Bürgerhauses in Ahlbach eine auskömmliche Summe eingestellt, um die ersten Planungen zeitnah beginnen zu können.

Nach einer ausführlichen Debatte haben wir einen Konsens erzielt über ein Konzept zur Errichtung weiterer Kunstrasenplätze. Auf Vorschlag der CDU werden nun 1 Millionen Euro für die Sportanlagen in Ahlbach, Offheim und Staffel bereitgestellt, über die nach der Vorlage einer angemahnten Prioritätenliste entschieden werden kann. Wir hoffen, dass uns die Verwaltung tatsächlich bis zum 30. April mit den nötigen Informationen versorgt haben wird.

In Ahlbach stehen wir dann auch vor der politischen Aufgabe, zwischen zwei andiskutierten Varianten den gangbaren Kompromiss zu finden – nämlich zwischen der Verlagerung des kompletten Sportplatzgeländes einerseits und der vom TuS Ahlbach favorisierten Verkleinerung der Spielfläche

andererseits. Dass es dort nicht nur um die Wünsche des Vereins, sondern auch gleichzeitig um die örtlich wichtige Frage der Ausweisung möglicher neuer Baugrundstücke und Gewerbeflächen geht, macht die Sache nicht eben einfacher. Als CDU-Fraktion hat es uns sehr irritiert, dass von der SPD wie auch von der FDP immer wieder die Behauptung aufgestellt worden ist, für die Varianten in Ahlbach lägen doch längst fertige Pläne, Daten und Fakten vor. Falls dies so sein sollte, scheint man dies der CDU vorenthalten zu haben, denn solche Unterlagen liegen uns definitiv nicht vor.



Ebenfalls aus dem Finanzhaushalt stellen wir Mittel bereit, um die Umsetzung des Spielplatzkonzepts in der ursprünglichen Form zu realisieren.

### Sperrvermerke

In diesem Jahr haben wir vier Sperrvermerke in den Haushalt eingezogen. Da diese wichtige politische Fragen tangieren, sind kurze Erläuterungen an dieser Stelle sehr wichtig. Außerdem muss an einer sehr prominenten Stelle auch Platz sein für Kritik an in unseren Augen bewusst indolentem Verwaltungshandeln.

Zunächst war es uns sehr wichtig, den Sperrvermerk aufzuheben, der die Mittel für Planung und Realisierung des städtischen Leichtathletikzentrums in Eschhofen blockiert hat. Über die Notwendigkeit der Maßnahme und die Tatsache, dass die Anlage nur in Eschhofen sinnvoll angesiedelt werden kann, haben wir schon häufig gesprochen und doch eigentlich einen klaren Konsens erreicht.

Sehr ärgerlich ist es dann aber, dass die Verwaltung eine bereits im Mai 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Bitte, weitere Informationen zu beschaffen, offensichtlich liegen gelassen hat. An die Stelle wortreicher Erinnerungsrhetorik haben wir mit politischer Mehrheit im September den Antrag der CDU durchgesetzt, askömmliche Planungs- und Baumittel freizugeben und diese dem TV Eschhofen in Gestalt eines Investitionskostenzuschusses zu übertragen. Warum sich die Fraktionen von SPD und FDP dieser Entscheidung partout nicht angeschlossen haben, kann ich bis heute nicht nachvollziehen. Nötig gewesen wäre ein klares Bekenntnis zugunsten der Sportstadt Limburg und des TV Eschhofen, der seinerseits viel Verantwortung übernehmen wird. Sei es, wie es sei: Dass auch die vier Eschhöfer Stadtverordneten, die für die SPD diesem Haus angehören (unter ihnen sogar der Ortsvorsteher), ihre Zustimmung verweigert haben, bleibt festzuhalten und hat in Eschhofen doch für einiges Unverständnis gesorgt.

Ebenso gesperrt haben wir vorläufig die Mittel, die für die Realisierung einer großen Wohnanlage an der Zeppelinstraße vorgesehen waren. Hier hatte der Bürgermeister im September eine inhaltlich viele Fragen offen lassende Vorlage an die Stadtverordneten adressiert. War dort zunächst von rund 6,3 Millionen Euro Kosten zu lesen, summieren sich diese, legt man den Entwurf des Haushalts daneben, bei genauerer Sicht auf mehr als 9 Millionen: einerseits auf ein Darlehen der Stadt an den Bürgerhospitalfond in Höhe von 500.000 Euro und andererseits auf eine Investition des BHF in Höhe von 8,5 Millionen Euro.

Kernstück ist die Absicht, einen Wohnblock mit 50 Einheiten zu errichten, der sich als Angebot gezielt auch an ein Klientel richten sollte, das über ein niedriges Einkommen verfügt. Um es an dieser Stelle unmissverständlich zu sagen: Als Volkspartei sehen auch wir die Notwendigkeit und die soziale Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum vorzuhalten und je nach Bedarf auch neu zu schaffen. Als Wohnstadt muss Limburg auch für niedrigere Einkommen erschwinglich bleiben. Bevor wir aber derart teure und städtebaulich sensible Entscheidungen im Galopp treffen sollen, ist eine überwölbende Planung durch ein Wohnbaugesamtkonzept unverzichtbar. Genau ein solches haben die Stadtverordneten dann auch gemeinsam beauftragt, um Grundsatzfragen einer Entscheidungsreife zuführen zu können.

An diese Erwartung schließt sich dann auch der vierte Sperrvermerk an: die Aufforderung nämlich, die beiden noch ausstehenden Bauabschnitte Blumenrods, für die 150.000 Euro für einen städtebaulichen Realisierungsentwurf vorgesehen sind, im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich vorstellen zu lassen. Dass sich die Abschnitte Blumenrod V und VI in das zu verabschiedende Gesamtkonzept einpassen sollen, ist eine selbstverständliche Anforderung an die Realisierung.

#### Bürgermeister und SPD

Erlauben Sie mir nun einige politische Anmerkungen. Neue Personen bringen zumeist neue Initiativen ein, haben frische Ideen und auch das Recht und die Pflicht, eigene neue Wege zu gehen. Insofern waren wir sehr gespannt, welche der Projekte, die der Wahlkämpfer Dr. Hahn angekündigt hat, er nun auch als Bürgermeister Dr. Hahn umsetzen wird.

Beginnt man mit dem ambitionierten Vorhaben, Limburg zu einer echten Hochschulstadt machen zu wollen, stellt man fest, dass der Unterricht nunmehr in den Räumlichkeiten der WERKStadt aufgenommen worden ist. Dort wird, wie jüngst in der Zeitung zu lesen, rund ein Dutzend Studenten unterrichtet, die – wie ihre Dozenten auch – morgens an- und abends abreisen. Möglich ist dies besonders deswegen, weil die Stadt Limburg einen erheblichen finanziellen Beitrag zuschießt, der die Raummiete abdeckt. Bevor wir uns missverstehen: Auch die CDU hat diese Konstruktion unterstützt, denn gerade wir als Partei des Mittelstands sehen die Notwendigkeiten, hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplätze am Standort Limburg zu halten, als alternativlos an. Von einer echten Hochschulstadt sind wir allerdings noch sehr weit entfernt. Noch sind wir lediglich die kleinste Außenstelle der THM.

Ansonsten fällt die weitere erste Jahresbilanz ernüchternd aus: Die Einrichtung eines Bürgerbüros wurde vertagt und zunächst einem internen Arbeitskreis zur ferneren Beratschlagung anvertraut; nur durch eine Initiative, die im Haupt- und Finanzausschuss durch die Kollegen von der FDP eingebracht worden ist, wird dieses Projekt überhaupt noch am Leben gehalten.

Alle anderen Themen des Wahlkampfes aber scheinen politisch sogar ganz beerdigt worden zu sein: Von einem angekündigten Gesamtverkehrskonzept ist keine Rede mehr. Stattdessen wird die Verkehrsproblematik – wie zuvor – im Prozess des Masterplans Mobilität, der aus der Feder des Ersten Stadtrats Michael Stanke stammt, bearbeitet. Was ist eigentlich aus dem Hotel- und Kongresszentrum geworden, das irgendwo zwischen Autobahn und Schallschutzwand oberhalb des Rosenhangs ins Gelände gepfercht werden sollte? *Tempi passati*. Bei allem Verständnis dafür, dass ein Wahlkämpfer pointieren und zuspitzen muss, ist es doch sehr bezeichnend, dass sich keine einzige dieser vollmundigen Ankündigungen noch auf der politischen Agenda des Bürgermeisters wiederfindet. Sie haben den Abgleich mit der Realität schlicht nicht bestanden, um es höflich auszudrücken.

Vielleicht existiert aber auch ein weiterer Grund für die Unlust des Bürgermeisters, diese Projekte konkret anzugehen: nämlich die zuletzt immer wieder offen zutage getretene Entfremdung von der SPD-Fraktion in wichtigen Fragen der baulichen Weiterentwicklung unserer Stadt. Besonders augenscheinlich wird dies bei der Planung des Großprojekts „Pallottiner Klostergärten“ sowie der erst am Donnerstag mit knapper Mehrheit beschlossenen Umgestaltung des Europaplatzes. Schauen wir uns also noch einmal gemeinsam Verläufe und Beschlüsse hierzu an.

Zweifellos gehört die Realisierung der Pallottiner Klostergärten zu den wichtigsten städtebaulichen Projekten der letzten Jahre. Das, was dort durch einen privaten Investor entstehen wird, ist absolut hochwertig, es verbindet die massiv nachgefragte Schaffung von Wohngrund mit weiteren sinnvollen Nutzungen – nicht zuletzt um die Ansiedlung eines Nahversorgers und einer Apotheke. Besonders herausgehoben werden muss auch die proaktive Bereitschaft, nicht nur die Stadtverordneten,

sondern auch die Bürger stets transparent über die Planungen und die Ergebnisse der vielen Begutachtungen zu informieren. Dass am Ende gar die verkehrliche Zuwegung doch noch über die B 8 und auch die B 417 als „Diefenbach-Variante“ hergestellt werden wird, ist ebenfalls Ausweis einer besonders konsensorientierten Haltung Herrn Rohletters.



Während die CDU gemeinsam mit anderen Fraktionen stets die Unterstützung dieses für Limburg großen Wurfs betont hat und dies auch weiterhin tut, hat sich die SPD noch vor der Kommunalwahl in die Aussage verrannt, die Zustimmung von der Frage der verkehrlichen Anbindung des Quartiers an die B 8 abhängig zu machen. Vereinfacht gesagt, so die Ankündigung der Fraktion des Bürgermeisters: Bei einer Ampelanbindung der B 8 versagen wir dem Gesamtprojekt unsere Zustimmung. „Basta“-Politik in schlechtesten Gerhard-Schröder-Tradition.

Auch nachdem der Investor mehrmals per gutachterlicher Darstellung die klaren Vorteile einer Ampellösung dargelegt und die Straßenbaubehörde schließlich allein dieser Variante die Zustimmung erteilt hatte, mochte oder konnte die SPD von ihrer kategorischen Ablehnung nicht lassen. So blieb schließlich nur noch ein skurriler Auftritt auf dem Parkett des Postfaktischen: Der über alle Fraktionsgrenzen hinweg hoch geschätzte Ausschussvorsitzende Paul Josef Hagen musste nun für seine Fraktion die Behauptung aufstellen, dass man es nicht mit einer seriösen Behörde, sondern doch eher mit einer echten „Ampel-Mafia“ zu tun habe. Das trug zwar zur Erheiterung der meisten Zuhörer bei – leistete aber natürlich keinen seriösen Beitrag zur Debatte. Im Gegenteil.

Ähnlich irrlichterte die SPD zuletzt auch in der Frage, ob und wie der Europaplatz umgestaltet werden sollte. Nach einigen Debatten über Spielgeräte, Bänke und besonders das Pflaster sprach sich der Ortsbeirat schließlich einstimmig – und unter ausdrücklicher Zustimmung der Kernstadt-SPD – dafür aus, den Platz entsprechend der Vorlage des SPD-Bürgermeisters umzugestalten und die Gelder hierfür freizugeben. Komplett war die Verwirrung aber, als dann auch der SPD-Stadtverordnete Jochem Holzhäuser zwei Tage später erheblichen Nachfragebedarf anmeldete und kundtat, im Ausschuss keinesfalls zustimmen zu können. Der das versteht, muss wohl erst noch geboren werden.

Eifrig wurden dann in Endlosschleifen die Vorzüge des helleren oder dunkleren Pflasters bei Kaugummiflecken diskutiert. Eine Frage, die nur zeigt, dass das eigentliche Problem doch vielmehr jene Mitbürger sind, die sich gar nichts dabei denken, ihre Kaugummis anderen Menschen vor die Füße zu rotzen. So wurde der Neugestaltung dieses zentralen Stadtplatzes, erst nachdem die Genese zum x-ten Mal vorgetragen worden war, dann doch noch eine knappe Zustimmung zuteil. Besonders fein austariert zeigte sich dabei das Abstimmungsverhalten der SPD-Ausschussmitglieder: genau so viel Zustimmung, dass das Nein des Fraktionsvorsitzenden gegenüber dem eigenen Bürgermeister zwar keine ablehnende, aber doch eine düpierende Wirkung gehabt hat. Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Dass die SPD-Fraktion des Öfteren bei Ausschussdebatten zu wichtigen Sachfragen geschwiegen, in Zweifel gezogen und immer weitere Beratungsgänge eingefordert hat, während der eigene Bürgermeister mit Leidenschaft um Unterstützung geworben hat, war vielfach sehr augenfällig. So trat nicht selten der Umstand ein, dass der Bürgermeister in für die Stadt wichtigen Entscheidungen sich auf die Sachorientierung der CDU stützen konnte und musste.

Natürlich ist es als Christdemokrat nicht meine Aufgabe, die fehlende Unterstützung der SPD dem eigenen Bürgermeister gegenüber zu kritisieren. Nicht unerwähnt bleibt auch, dass sich die Sozialdemokraten am letzten Mittwoch dann doch noch auf die Seite der Unterstützer der Klostersgärten geschlagen haben – frei nach Konrad Adenauer: „Was kümmert uns unser Geschwätz von gestern – nichts hindert uns, weiser zu werden.“

Problematisch ist das Agieren der zweitgrößten Fraktion aber dann, wenn die Verlässlichkeit der heimischen Kommunalpolitik hierunter zu leiden beginnt, wenn Maßnahmen wie die Klostergärten, die zweistellige Millioneninvestitionen bedeuten, mit dem Hinweis auf eine „Ampel-Mafia“ im völlig Unsachlichen geführt werden – oder wenn einstimmige Beschlüsse des Ortsbeirats 48 Stunden später weitere Beratungsschleifen auslösen, anstatt dass Verantwortung übernommen wird und Entscheidungen getroffen werden. Wir sollten nicht so leichtsinnig sein zu denken, dass solche Unarten Ansiedlungsinteressierten verborgen blieben. Spätestens dann nämlich, wenn der Ruf der Stadt Limburg unter einer solchen Verschleppung zu leiden begännen, wäre schwerer Schaden angerichtet. Dessen müssen sich alle, die hier Verantwortung übernommen wollen, stets bewusst sein.

#### Streiflichter des Jahres 2016

Begleiten Sie mich zum Ende dieser Haushaltsrede bei meiner Rückschau auf unser Limburger Jahr 2016. Lassen Sie uns Themen und Projekte in Erinnerung rufen, die umgesetzt oder zumindest vorangetrieben werden konnten.

Nach dem für meine Partei und Fraktion sehr erfolgreichen Ausgang der Kommunalwahlen haben sich im Frühjahr neben dem Parlament auch die städtischen Ausschüsse und der Magistrat neu konstituiert. Nach unserer Auffassung repräsentieren die Zusammensetzungen sowohl bei den Stadträten als auch in den Ausschüssen das Wahlergebnis. Andere Fraktionen sahen und sehen dies naturgemäß anders, können allerdings aber auch nicht versichern, im Falle eines anderen Wahlergebnisses anders gehandelt zu haben. Jedenfalls haben sich die polemischen Befürchtungen, der Bürgermeister werde nun von einer behaupteten schwarz-grünen Kooperation blockiert, als völliger Unsinn herausgestellt. Im Grunde haben alle Fraktionen an den Grundsätzen der wechselnden Mehrheiten festgehalten, im Mittelpunkt stand und steht hier weiterhin eine sach- und lösungsorientierte Politik für die Bürger. Nachdem mit der FWG sowie der BZL zwei politische Gruppierungen ausgeschieden sind, ist mit den Linken eine neue Fraktion eingezogen, die sich recht schnell in die Themen und Gepflogenheiten der Stadtverordnetenversammlung eingearbeitet hat. Auch wenn an einigen Stellen das Abstimmungsverhalten – besonders, wenn es um Personelles ging – für große Fragezeichen gesorgt hat.

Die Grabenstraße, über deren Gestaltung wir lange geredet und gestritten haben, ist fertig und wurde im Spätsommer mit einem bunten Straßenfest ihrer Bestimmung übergeben. Wir alle hoffen, dass durch die Steigerung der Aufenthaltsqualität ein wichtiger Beitrag geleistet werden kann, um sie auch längerfristig und nachhaltig als wichtige Wohn- und Geschäftsstraße zu stärken. Schön war auch zu sehen, dass die größten Kritiker während der Planungs- und Bauphase nun zu begeisterten Befürwortern des Ergebnisses geworden sind. Das euphorische Lob an die Verantwortlichen hat sich an jenem Samstagmorgen des Straßenfests ja förmlich überschlagen.

Nach einem ebenso holprigen wie konfusem Start hat Limburg nun mit dem WLAN-Netz des City-Rings eine weitere Attraktion des 21. Jahrhunderts vorzuweisen. Wir als Stadtverordnete werden den weiteren Verlauf des angelaufenen Projekts mit Interesse und Wohlwollen begleiten, aber immer auch in der Verantwortung für die öffentlichen Gelder, die wir zugeschossen haben.

Bereits in den ersten Monaten nach der Wahl hat meine Fraktion damit begonnen, wesentliche Sachthemen des CDU-Wahlkampfes in konkrete Politik umzusetzen. Stellvertretend nenne ich hier zunächst den ersten Schritt auf dem langen und auch teuren Weg hin zur Sanierung des Limburger Schlosses. Dass dort mit dem Einzug der Dommusik eine sehr sinnvolle Nutzung erfolgen wird, ist äußerst positiv. Über die Belegung der weiteren Räumlichkeiten des Areals werden wir hier weiterhin zu reden und zu entscheiden haben.

Ferner sind die Pläne zur Realisierung eines städtischen Leichtathletikzentrums am Standort Eschhofen ebenso mit finanziellen Mitteln ausgestattet worden wie die für eine neue Fuß- und Radwegbrücke. Diese sollte möglichst zwischen dem Campingplatz und dem südlichen Lahnuferweg errichtet werden und wird sicher als neuer Verkehrsweg Limburgern und Touristen von großem Nutzen sein.

Ein ebenfalls viel diskutiertes Bauprojekt bleibt die Neugestaltung des Neumarkts. Eine Mehrheit hat sich in der Stadtverordnetenversammlung für eine Variante entschieden, die parkende Autos verbannen soll. Als CDU sehen wir auch weiterhin keinen Grund, von dieser Grundsatzentscheidung abzurücken. Wir möchten einen schönen neuen Stadtplatz, keinen gänzlich überflüssigen weiteren Parkplatz. Die freiwerdenden Flächen, die bis jetzt von Autos zugestellt werden, ermöglichen eine völlig neue räumliche Gestaltung, der Phantasie begabter Menschen ist kaum eine Grenze gesetzt – hier von Denkverboten und Ängsten zu sprechen, geht völlig am Thema vorbei.

Gerade deswegen muss ich an diesem Punkt die kritische Nachfrage stellen, warum hier seitens der Stadtplanung keine weiteren Schritte unternommen werden. Nachdem neben der öffentlichen Bertschlagung über mögliche Gestaltungen sogar ein sogenanntes Sandbox-Verfahren im Frühsommer durchgeführt worden ist, hat man von den Entwürfen, die dort dokumentiert worden sind, schlicht nichts mehr gehört. Eine städtebauliche und fachlich-technische Stellungnahme steht weiterhin aus – und so muss sich der Eindruck verdichten, dass die Stadtverwaltung hier bewusst auf der Bremse steht. Ich möchte nicht annehmen, dass hier durch die kalte Küche der klare Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung unterminiert und der erfolgreiche Fortgang verschleppt werden soll.

Die verkehrspolitischen Entscheidungen dieses Jahres, seien sie von der CSU in Berlin oder den Grünen in Wiesbaden verantwortet, haben uns einigermaßen ratlos zurückgelassen. Weder ist die dringend benötigte Limburger Südumgehung in den Vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden – noch sind wir in der Frage des Luftreinhalteplans seit dem Sommer 2015 auch nur einen Schritt vorangekommen. Wie wir den LKW-Verkehr, der erheblich für die schlechte Luftqualität in der Innenstadt verantwortlich ist, ohne eine geeignete Umgehung verbannen sollen, kann ich bei größter Phantasie nicht erkennen. Auch aus Wiesbaden sind noch immer keine handfesten und sachdienlichen Aktivitäten überliefert: Was ist denn nun mit einer Limburger Umweltzone, kommen im Dieserverkehr Mobilitätseinschränkungen in Form von Plaketten auf uns zu, wie steht es künftig um den LKW-Durchgangsverkehr? Viele offene – und zugegeben komplizierte – Fragen, die uns die Bürger stellen. Der Umstand, dass wir weder geeignete Hinweise noch die Kompetenz vor Ort haben, etwas zu verändern, sorgt auf beiden Seiten verständlicherweise für wachsenden Verdruss.

Positives gibt es aber zu vermelden hinsichtlich der notwendigen Teilortsumgehung Lindenhöhlen. Laut Offenlage des Bundesverkehrswegeplans werden die neue Trassierungen der B 8 zwischen Limburg und Bad Camberg als planerische Einheit gesehen. Da nun über die fachliche Notwendigkeit keine Zweifel mehr bestehen, sollten die von der Stadt Limburg auf Antrag der CDU eingestellten Mittel zur Unterstützung der Planungen das Gesamtprojekt hoffentlich beschleunigen. Auch hier drängen wir gegenwärtig auf entsprechende Signale aus Wiesbaden.

Während auf dem ehemaligen Ohl-Gelände die Baumschienen rollen, um dort eine städtebauliche Lücke durch hochwertige Bebauung zu schließen, wächst auf dem Schafsberg die neue Zentrale Notaufnahme in die Höhe. Und das gottlob völlig unbeeindruckt von der grotesken Debatte um den dortigen Hubschrauberlandeplatz.

Außerdem haben wir gerade eben durch entsprechende Beschlüsse zwei Planungsverfahren vorangetrieben. Zunächst das Entstehen einer Seniorenwohnanlage in Eschhofen, die seit vielen Jahren dort von der örtlichen CDU und besonders vom nunmehrigen Stadtältesten Dieter Nink mit großem Engagement angetrieben worden ist. Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden nun die Grundlagen geschaffen, in Eschhofen der älteren Bevölkerung die Chance zu eröffnen, im vertrauten dörflichen Umfeld auch dann bleiben zu können, wenn sich altersbedingte körperliche Einschränkungen einstellen.

Durch den Beschluss zur Auslegung des Bebauungsplans Zwischen Felizitas-Massenkeil-Straße und Schleusenweg schließen wir zumindest vorläufig ein anspruchsvolles und arbeitsreiches Kapitel ab. Der Worte über das Fachlich-Inhaltliche sind längst genug gemacht – und Hand aufs Herz: Wer von den Anwesenden hat noch wirklich einen Überblick über Ausnutzungsziffern, Gebäudehöhen und Grundstücksgößen? Ob uns die Quadratur des Kreises gelungen ist, wird der künftige Gang des Verfahrens zeigen. Die Tatsache, dass man unter dem Eindruck der beiden letzten Wahlkämpfe der dortigen Bürgerinitiative viele Zugeständnisse machen zu müssen geglaubt hat, hat das Verfahren doch erheblich gebremst. Weiteres Unheil droht noch immer durch das Auslaufen der letztmöglichen Veränderungssperre. Außerdem sind die Planungskosten explodiert, und das renommierte Planungsbüro hat im Sommer hörbar warnend und mahnend das Handtuch geschmissen. Ich persönlich hoffe, dass alle, die zuletzt über diese negativen Verläufe geklagt haben, sich bei vergleichbaren Verfahren in der Zukunft der üblichen Mechanismen der Bauleitplanung erinnern werden. Auch dort wird den vielfältigen Interessen der Betroffenen völlig ausreichend Rechnung getragen – darauf sollten sich all jene besinnen, die sonst immer nach noch mehr „Bürgerbeteiligung und Transparenz“ rufen.

In Personalfragen gab es zwei wichtige Entscheidungen: Michael Stanke bleibt weiter der Erste Stadtrat Limburgs, nachdem er im Mai 43 von 44 Stimmen auf sich vereinen konnte. Als Leiter wichtiger Dezernate kann er somit seine erfolgreiche Arbeit über weitere sechs Jahre fortsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bürgermeister und dem Ersten Stadtrat läuft nach beider Bekunden sowohl fachlich als auch zwischenmenschlich völlig reibungslos, was auch ganz im Sinne des politischen Betriebs ist. Dafür sei beiden hier Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Seit diesem Herbst ist die Limburger Sedisvakanz beendet. Durch die Wahl und die Inthronisation von Monsignore Dr. Georg Bätzing ist endlich wieder ein Bischof in Amt und Würden – gerade für die CDU, die noch sehr im katholischen Milieu verankert ist, eine frohe Botschaft. Die ersten persönlichen Eindrücke sind geradezu euphorisch; der Neue scheint in vielem der Gegenentwurf zu seinem Amtsvorgänger zu sein. Wir jedenfalls wünschen ihm Gottes Segen und viel Erfolg für seine Arbeit für Gott und die Menschen.

#### Zum Ende hin

Einer der hier Anwesenden nimmt heute zum letzten Mal an der Sitzung der Stadtverordneten teil. Ihm dürfte der Abschied von diesem Gremium, das er über so viele Jahre mit hohem Sachverstand, überragendem Engagement und großer menschlicher Qualität wesentlich mit begleitet hat, sicher nicht leichtfallen. Wie Sie sicher wissen, spreche ich von Christoph Heep, der zum 1. Januar 2017 das Körperschaftsbüro verlassen und Abteilungsleiter Bauverwaltung und bebauter Grundbesitz werden wird. Ich möchte dir, lieber Christoph, an dieser Stelle für deine großartige Arbeit im Körperschaftsbüro herzlich danken und dir für die neue Aufgabe allen Erfolg wünschen. In ein Dankeschön möchte ich aber auch das gesamte Körperschaftsbüro einschließen, das im zurückliegenden Jahr nicht selten über die Grenze des Machbaren hinaus gearbeitet hat, um uns verlässlich und zeitnah mit den vielen Papieren zu versorgen, die die Basis unserer Entscheidungsfindung sind.



Apropos Arbeitsunterlagen: Wir sollten uns gemeinsam allmählich die Frage stellen, ob die hohe Arbeitsbelastung – und vor allem die bald unüberschaubare Menge an Unterlagen – nicht die Kapazitäten der allermeisten Parlamentarier längst zu überschreiten begonnen hat. Können wird diese Mengen tatsächlich noch bewältigen, all das lesen, was uns zugestellt und anvertraut wird?

Ein wichtiger Grund für die Unmengen an Material scheint evident zu sein: Nicht nur ich werde den Eindruck haben, dass wir zu viele Vorhaben in immer weitere Schleifen schicken, immer neue Beratungsgänge anmelden, wo doch längst ein Entscheidungsdruck entsteht und die Entscheidungsfindung abgeschlossen sein könnte. Wir sollten initiativer werden, Verantwortung übernehmen, zügiger entscheiden und damit in der Entwicklung unserer Stadt vorankommen.

Damit gelänge es uns gemeinsam, solche Mammutsitzungen und Aktenberge zu vermeiden, mit denen wir zuletzt immer wieder konfrontiert worden sind. Ich darf stellvertretend unsere fünfte Sitzung in Erinnerung rufen, die nicht weniger als 44 Tagesordnungspunkte aufgewiesen und als Zugabe noch weitere vier umfangreichen Tischmitteilungen bereitgehalten hat. Solche überbordenden Veranstaltungen – inklusive des notwendigen Aktenstudiums, der Vorbesprechung in den Fraktionen und den Ausschüssen! – sollten wir uns künftig nicht mehr zumuten, finde ich.

Ganz am Ende darf ein kurzer Ausblick auf ein wichtiges Thema des kommenden Jahres nicht fehlen. Wir werden uns im Februar erneut mit der Frage des Fortbestands der Limburger Straßenbeitragsatzung beschäftigen. Auch hier sollten wir zeitnah Klarheit schaffen, was wir möchten – im Interesse der Bürger, aber auch der Verwaltung und unserer Finanzen. Dabei sind die Fraktionen aufgefordert, Stellung zu beziehen und gangbare Alternativen vorzuschlagen. Wie das gelingen wird? Ich halte es da gern mit Mark Twain, der einmal geschrieben hat: „Prognosen sind schwierig – besonders dann, wenn sie die Zukunft betreffen.“

Ich bedanke mich – auch im Namen meiner Fraktion – bei allen Mitgliedern der Verwaltung, die uns und unsere Ideen als Stadtverordnete stets verlässlich, mit Engagement und Geduld unterstützt haben. Ihr dickes Fell gerade in den Momenten, in denen wir lieber mit dem Bauch als anhand von Fakten entscheiden wollen, wissen wir sehr zu schätzen.

Zur Advents- und Weihnachtszeit darf ich Ihnen, werte Anwesende, allen die besten Wünsche mit auf den Weg geben: Fröhliche und erholsame Feiertage sowie ein gutes und gesundes neues Jahr.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.